

STELLUNGNAHME

FDP erneuert ihr Nein zur Stub

Erlangen-Höchstadt - Die FDP Erlangen-Höchstadt und die FDP-Kreistagsfraktion waren laut einer Pressemitteilung der Partei die Einzigen, die bereits vor und während der Kommunalwahl ein klares „Nein zur Stadt-Umland-Bahn (Stub)“ geäußert haben. Aus diesem Grund unterstützt die FDP im Landkreis Erlangen-Höchstadt das Bürgerbegehren der FW und spricht sich ebenfalls für einen Bürgerentscheid aus.

Die Liberalen sagen aber nicht nur „Nein“, sondern treten für eine deutliche Verbesserung des ÖPNV im gesamten Landkreis mit seinen 25 Gemeinden ein. Ein schienengebundenes System mit derart extrem hohen Investitionskosten ist aus FDP-Sicht längst überholt. Der Landkreis brauche keine Straßenbahn, die eine Stunde und 20 Minuten benötigt, um von Nürnberg über Erlangen nach Herzogenaurach zu bummeln.

Was Erlangen-Höchstadt braucht, sei eine sinnvolle Ver-

besserung der Anbindungen im öffentlichen Nahverkehr. Und zwar zum Nutzen aller 25 Kommunen im Landkreis. Insbesondere Querverbindungen, wie zum Beispiel ein Anschluss der Gemeinde Röttenbach an die S-Bahn in Bubenreuth, verbesserte Verbindungen von Aurachtal nach Höchststadt oder von Heroldsberg nach Erlangen würden fehlen. Auch brauche Herzogenaurach eine direkte Anbindung nach Nürnberg, idealerweise einen direkten Anschluss an den Flughafen und damit direkt an das U-Bahn Netz.

Alternativen prüfen

Die FDP fordert daher die Überprüfung mittlerweile existierender Alternativen wie etwa der Auto-Tram oder des Green-Brick-Busses. Für die Stub rechne man mit Investitionskosten von einer halben Milliarde Euro. Darüber hinaus sei derzeit nicht absehbar, ob die Zuschüsse des Bundes überhaupt fließen.

Unabhängig von den Zuschüssen sei festzustellen, dass es

sich immer um Steuergelder handelt, egal aus welchem Topf sie kommen, und dieses Geld der Bürger und Unternehmen dürfe nicht verschwendet werden. Ebenso schwer würden die jährlichen Folgekosten wiegen. Der Anteil des Landkreises Erlangen-Höchstadt an diesen jährlichen Folgekosten werde mit bis zu 15 Millionen Euro veranschlagt. Umgerechnet auf die einzelnen Kommunen des Landkreises bedeute dies, dass viele Gemeinden jedes Jahr sechsstellige Beträge nur für die Stub an den Landkreis bezahlen müssen. Geld, das an anderer Stelle, zum Beispiel dem Straßenbau oder der Kinderbetreuung, fehlen werde.

Die FDP Erlangen-Höchstadt appelliert daher an die Große Koalition im Kreistag, zu einer sachlichen Diskussion, frei von Polemik und Ideologie, zurückzukehren und gemeinsam eine Lösung zum Wohle und im Sinne aller Bürger und Unternehmen im Landkreis Erlangen-Höchstadt zu finden. *red*